Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5044**

17. Wahlperiode 16. 03. 2011

Antrag

der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Deutschland im UN-Sicherheitsrat – Nationalen Aktionsplan zur UN-Resolution 1325 jetzt erstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit" am 31. Oktober 2000 wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen eine völkerrechtlich verbindliche Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von gewalttätigen Konflikten und beim Friedensaufbau beschlossen. Dies war ein Meilenstein auf dem Weg hin zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik. Leider wurde die Resolution bis heute nur schleppend in den UN-Mitgliedstaaten umgesetzt. Auch Deutschland hat bis heute keinen nationalen Aktionsplan zur strategischen Umsetzung der Resolution 1325 vorgelegt, der konkrete Zielvorgaben und Quoten zu den Hauptpunkten der Resolution in den Bereichen Prävention, Partizipation und Protektion enthält. Seit dem 1. Januar 2011 ist Deutschland wieder Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Dies sollte Anlass sein, einen nationalen Aktionsplan zu verabschieden, wozu Kofi Annan bereits 2005 alle Staaten aufgefordert hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 einen nationalen Aktionsplan zu erstellen, der die in der Resolution beschriebenen Verpflichtungen in Deutschland sowie in der europäischen und in der internationalen Zusammenarbeit umsetzt;
2. bei der Erstellung des nationalen Aktionsplans die Kooperation mit den Institutionen der Zivilgesellschaft zu stärken und deren Expertise einzubeziehen;
3. den Aktionsplan entsprechend zu budgetieren;
4. die im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen regelmäßig zu überwachen und zu evaluieren;
5. über die Umsetzung der im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen dem Deutschen Bundestag jährlich Bericht zu erstatten.

Berlin, den 15. März 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Dr. Gregor Gysi und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Deutschland hat die UN-Resolution 1325 am 31. Oktober 2000 ratifiziert. 25 Länder, darunter 15 Staaten in Europa, haben bereits einen nationalen Aktionsplan erstellt, in zwei europäischen Staaten steht eine Einrichtung bevor. Deutschland gehört bislang nicht dazu.

Seit dem 1. Januar 2011 ist Deutschland wieder Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Im Juni dieses Jahres wird Deutschland dessen Vorsitz übernehmen. Außerdem koordiniert Deutschland im Sicherheitsrat die Aktivitäten zum Thema Kindersoldaten. Mit der Verabschiedung eines nationalen Aktionsplans zur UN-Resolution 1325 kann Deutschland zeigen, dass es seine Verpflichtung zur Umsetzung dieser zentralen UN-Resolution ernst nimmt.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333